In der Parteigerichtssache

CDU-Kreisverband F

g e g e n

v. F

Verfahrensbevollmächtigter: RA Dr. M

Verfahrensbevollmächtigter: RA Dr. G

wegen Wahl der Beisitzer zum Vorstand des CDU-Kreisverbandes F am 27.03.1971 hat das Bundesparteigericht der CDU auf seiner Sitzung am 11. April 1973 in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, Konrad-Adenauer-Haus, durch

Rechtsanwalt
Dr. Heinrich Barth

-als Vorsitzender

Rechtsanwalt und Notar
Dr. Karl Kanka

Rechtsanwalt
Friedrich Wilhelm Siebeke

Landrat
Heinz Wolf

Kreisoberverwaltungsdirektor
Dr. Walter Kiwit

-als Beisitzer-

beschlossen:

Die Beschwerde des CDU-Kreisverbandes F vom 11.07.1972 gegen den Beschluß des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes Hessen vom 07.06.1972 - verkündet am 20.06.1972 - wird als offenbar unbegründet zurückgewiesen.

Gründe

Nach § 39 Abs. 1 PGO kann das Bundesparteigericht der CDU als Beschwerdegericht eine Beschwerde ohne Anberaumung der mündlichen Verhandlung durch einen mit Gründen versehenen schriftlichen Vorbescheid zurückweisen, wenn es die Beschwerde für unzulässig oder offenbar unbegründet hält.

Die Beschwerde des CDU-Kreisverbandes F vom 11.07.1972 ist zulässig, aber offenbar unbegründet.

In der teilweise angefochtenen Entscheidung hatte das Landesparteigericht des CDU-Landesverbandes H unter Ziffer 3 seines Beschlusses vom 07.06.1972 festgestellt, daß die Wahl der Beisitzer zum Kreisvorstand des CDU-Kreisverbandes F vom 27.03.1971 ungültig sei. Das Landesparteigericht hatte dies damit begründet, daß sich nach § 27 I e) der Satzung des CDU-Landesverbandes H der Kreisvorstand aus bis zu 9 Beisitzern zusammensetze und daß die Wahl von mehr Beisitzern gegen diese Satzungsbestimmung verstoße.

Unstreitig hatte jedoch der CDU-Kreisverband F im durchaus begründeten Vertrauen auf eine damals als relativ kurzfristig bevorstehend angesehene Satzungsänderung des Landesverbandes und zur Behebung parteiinterner Schwierigkeiten, die bis weit über F hinaus Aufsehen erregten, auf seinem Kreisparteitag am 27.03.1971 insgesamt 12 Beisitzer gewählt. Dabei hatte der CDU-Kreisverband die moralische Unterstützung des Landesverbandes und das Versprechen des Landesvorstandes, die damals gültige Landessatzung in Kürze so ändern zu lassen, daß die Wahl von bis zu 12 Beisitzern des Kreisvorstandes möglich gewesen wäre. Die beabsichtigte Satzungsänderung mußte jedoch aus politischen Gründen mehrfach zurückgestellt werden und soll nach schriftlicher Mitteilung von Herrn Landesgeschäftsführer K vom 17.01.1973 vermutlich auf einem CDU-Landesparteitag am 26.05.1973 erfolgen. Die Verfahrensbeteiligten sind sich darüber einig, daß die für die Wahl vom 27.03.1971 maßgebliche Satzungsbestimmung (§ 27 I) noch nicht geändert ist. Sie lautet:

"Der Kreisvorstand setzt sich zusammen:
a) e) bis zu 9 weiteren Mitgliedern".

Am 24.03.1973 ist die Neuwahl des Vorstandes des CDU-Kreisverbandes F erfolgt. Bei der Vorbereitung der Neuwahl ist ausweislich des unwidersprochen gebliebenen Schriftsatzes von Herrn RA Dr. G vom 08.02.1973 und eines größeren Aufsatzes in der "Frankfurter Rundschau" vom 09.03.1973 bei den Überlegungen des Wahlvorbereitungs-Ausschusses des CDU-Kreisverbandes F davon ausgegangen worden, daß diesmal nur 9 Beisitzer gewählt werden sollten, was dann auch geschehen ist.

Da der CDU-Kreisverband F auf die Anfrage von RA Dr. G vom 16.03.1973, ob er die Beschwerde zurücknehme, ebensowenig geantwortet hat wie auf ein entsprechendes Schreiben des CDU-Bundesparteigerichts vom 20.03.1973 mit dem zusätzlichen Hinweis, daß möglicherweise ein Vorbescheid gemäß §§ 39, 24 PGO erlassen werde, ist zur Vereinfachung des Verfahrens angesichts des völlig unstrittigen Sachverhalts der Erlaß eines Vorbescheides angebracht gewesen.

Rechtsmittelbelehrung:

Die Verfahrensbeteiligten können binnen eines Monats nach Zustellung des Vorbescheides mündliche Verhandlung beantragen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so gilt der Vorbescheid als nicht ergangen; sonst wirkt er als rechtskräftige Entscheidung. Der Antrag ist schriftlich beim Bundesparteigericht der CDU, 5300 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, Konrad-Adenauer-Haus, in 4-facher Ausfertigung zu stellen (§§ 39, 24 Absatz 2, § 38 entsprechend PGO).